

Deutschland steigt aus! – Kommentar zur neuen GroKo

Weniger Klimaschutz und keine Lösungen für Afrika

von Karl A. Faulenbach

Wer nach den miserablen Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahlen für die etablierten Parteien in unserem Land mit richtungsweisenden Veränderungen in den politischen Visionen und den Vorgaben für die nächsten vier Jahre gerechnet hat, wurde spätestens mit der Regierungsbildung durch die sogenannte GroKo enttäuscht. Das Fünkchen Hoffnung mit Jamaika wurde durch die F.D.P. zunichte gemacht und was dann kam, war das weiter so bei allen „Reförmchen“ am Sozialsystem, die diese neue Regierung hervorgebracht hat. Gerade die überlebenswichtigen Bereiche für die Zukunft unserer Erde, Europas und unseres Landes wie der Klima- und Naturschutz, die Hinterfragung des reinen Wachstumsdenkens und die Verantwortung für die Länder des globalen Südens werden in dem sehr umfangreichen Koalitionspapier (177 Seiten) zwar teilweise verbalisiert und tangiert, aber an keiner Stelle mit konkreten Vorgaben so festgezurr, so das daraus politisches Handeln folgen müsste.

- Die bisherigen Postulate zum Thema Wirtschaftswachstum und Lebensstil werden nirgendwo in Frage gestellt, sondern als notwendig einfach fortgeschrieben, um Vollbeschäftigung bis 2025 zu erreichen.
- Die nicht mehr erreichbaren Klimaschutzziele bis 2020, insbesondere durch den Individualverkehr verursacht, werden nicht durch intensivere Maßnahmen kompensiert, sondern durch die Vertröstung auf die Zielvorgaben bis 2030 und 2050 verschoben.
- Braunkohlenabbau und Stilllegung der Stromverkohlung werden zwar mit der Bildung von Kommissionen erwähnt, aber nicht einmal zeitlich vorgegeben.
- Die Verantwortung der Automobilindustrie wird ebenfalls nur in lyrischen Worten angesprochen, es fehlen dagegen die konsequenten Auflagen für die Beseitigung der Schäden beim Dieselauto und der Umbau der Fahrzeuge auf Elektromobilität.
- Die Flächenversiegelung und ein zusammenhängender Naturschutz durch eine Ökologisierung der

Landwirtschaft findet zwar in einigen Zeilen seinen Niederschlag, bleibt aber wie fast alles in diesem Politikfeld im Unverbindlichen. Anstatt über die Europäische Schiene die notwendigen Veränderungen einzufordern, fehlt der Wille durch politische Vorgaben, die industriell geprägte Landwirtschaft radikal zu ändern.

- Mit der Ausweitung der Militärausgaben soll auch der Haushaltsansatz für Entwicklungspolitik auf 0,7 % wachsen. Aber dafür gibt es keine Zeitvorgabe, obwohl das nun schon seit fast 30 Jahren von der Politik behauptet wird.
- Afrika rückt zwar auf Grund der Fluchtbewegung aus diesem Kontinent nach Europa in den Focus und wird mit einem sogenannten Marshall-Plan groß dimensioniert angekündigt, verliert sich aber bei der Umsetzung eher in Fluchtabwehr und im Kleinkarierten.
- Die Kontrolle von Handelsketten bis hin zu den menschenunwürdigen Produktionsstätten insbesondere in asiatischen Ländern wird ebenfalls angesprochen, aber nirgendwo mit einer gesetzlichen Vorgabe festgemacht.

Ein Funken Hoffnung bleibt trotzdem: der Druck der Zivilgesellschaft in diesen Politikfeldern wird ebenso zunehmen wie das kritische Kaufverhalten von uns Konsumenten.

Darüber hinaus wird schon in knapp dreieinhalb Jahren wiedergewählt.

Darum haben wir Lust und Mut zum Widerstand.

